



Bundesministerium der Justiz
Frau Ministerin Brigitte Zypries
Mohrenstraße 37

10117 Berlin

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-21
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

13. Februar 2004
L/Re

Antidiskriminierungsgesetz

Sehr geehrte Frau Ministerin Zypries,

der Fachverband Werkzeugindustrie vertritt eine Branche überwiegend mittelständisch strukturierter Unternehmen. Diese befinden sich in hartem internationalem Wettbewerb mit europäischen, amerikanischen und asiatischen Herstellern.

Das schwache Wachstum der deutschen Wirtschaft und der rapide Rückgang der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (./15,1% seit 1991, während übrigens die Zahl der Arbeitsplätze im Rest der alten EU-Länder um 8,8% gestiegen ist!) hat unsere Branche sehr belastet.

Ebenso auch die je 40.000 Insolvenzen im Jahr 2004, durch die ca. 500.000 Arbeitsplätze vernichtet worden sein dürften. Darunter waren viele Hersteller, Händler und Verwender von Werkzeugen.

Die o.g. Zahlen zeigen — stärker noch als die seit nunmehr Jahrzehnten viel zu hohen Arbeitslosenzahlen — wie es um die Chancen mittelständischer Unternehmen in Deutschland bestellt ist: Die deutschen Rahmenbedingungen machen im internationalen Wettbewerb dem deutschen Mittelstand den Garaus.

Da der Mittelstand aber 70 % aller Arbeitsplätze und 80 % aller Lehrstellen stellt, wird es ohne den Mittelstand immer weniger Arbeitsplätze geben....

Die o.g. Rahmenbedingungen sind zum großen Teil rechtlicher Natur: Vom Tarifrecht über das Betriebsverfassungsgesetz bis hin zum Kündigungsschutz ist z.B. der deutsche Arbeitsmarkt in einer Art und Weise überreguliert, daß es ein großes Risiko darstellt, in wirtschaftlich unsicheren Zeiten Arbeitsplätze zu schaffen. Das deutsche Steuerrecht gilt als das komplexeste weltweit.

Allgemein gilt:

Die Regelungsdichte in Deutschland bringt unternehmerisches Handeln im Mittelstand nahezu zum Erliegen.

Die Folge ist:

Die Großen internationalisieren immer stärker und machen sich damit vom Standort Deutschland unabhängig. Die Kleinen sterben.

Und nun also ein 139-seitiges Antidiskriminierungsgesetz:

Wir wissen nicht, welche Zwänge die EU-Richtlinie uns in Deutschland auferlegt hat. Wir lesen nur in der Fachpresse, daß Deutschland die EU-Forderungen übertrifft.

Wir lesen von einer Umkehr der Beweislast im Diskriminierungsfall.

Realwirtschaftlich wird das in unseren Augen folgende Konsequenzen haben:

- Wachsende Bürokratie in der Großindustrie durch sorgfältige Dokumentation, warum wer eingestellt, entlassen, abgemahnt und wie vergütet worden ist.
- Völlige Hilflosigkeit im (speziell kleineren) Mittelstand.
- Ein Wettlauf aller Institutionen, die den „Diskriminierten“ rechtlich zur Seite stehen mit der Folge von zehntausenden Konflikten — gerichtlich oder außergerichtlich —, die es bisher nicht gab.
- Massive Verunsicherung jedes Unternehmers, sobald die ersten Berichte über rückgängig gemachte Entlassungs-, Einstellungs- oder Vergütungsmaßnahmen in der Presse erscheinen.
- Weitere Unternehmenspleiten bei kleinen Betrieben, bei denen ein Einstellungs- und/oder Entlassungsvorgang am "Antidiskriminierungsgesetz" gescheitert ist.

Wirtschaftlich wird daher dieses Gesetz, weil es in Deutschland „on Top“ auf eine viel zu hohe Regelungsdichte trifft, zum Verlust vieler Arbeitsplätze führen.

Die bereits heute überlasteten Gerichte werden weitere Zehntausende von Klagefällen bearbeiten müssen. Viele davon werden — wegen unbestimmter Rechtsbegriffe — schwer zu entscheiden sein. Zudem ist der Grundsatz "in dubio pro reo" wegen umgekehrter Beweislast in Frage gestellt.

Im Namen unserer Mitglieder bitten wir Sie daher sehr herzlich, den vorliegenden Entwurf auf die wirtschaftlichen Auswirkungen speziell für kleinere und mittlere Unternehmen zu überprüfen.

Wir haben die Befürchtung, daß unseren mittelständischen Mitgliedern und der ohnehin schon extrem belasteten deutschen Wirtschaft sowie dem Arbeitsmarkt großer Schaden droht.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.

Der Geschäftsführer



Langelüdecke

für die Unternehmer und Beschäftigten der deutschen Werkzeugindustrie